

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Die Frauenbewegung im Jahre 1915.

Was hat das Jahr 1915 den Frauen gebracht? Haben sie in diesem von Kriegslärm erfüllten Zeitraum Fortschritte erzielt, und ist eine Gewähr dafür vorhanden, daß künftig die Staatsbürgerinnen der kriegführenden Länder einen wenn auch nur bescheidenen Einfluß auf die Gestaltung der Politik ausüben werden? Diese Fragen müssen wir bei einem Rückblick auf die Erfolge der Frauenbewegung im vergangenen Jahr zu beantworten suchen.

Die Last, die der Krieg den Frauen auferlegt, ist brüderlich und schwer. Ueberall sehen sie sich vor neue Aufgaben gestellt. Mit fast übermenschlicher Anstrengung suchen Hunderttausende von ihnen in allen Staaten das Problem der Verbindung von Hausfrauenpflichten und Erwerbsarbeit zu lösen, nicht in theoretischer Betrachtung, sondern in hartem Kampf um ihre und ihrer Kinder Existenz. Ihre Leistungen werden von allen Seiten gepriesen. Man lobt ihr tatkräftiges Eindringen in die Klüften, die die zur Fahne gerufenen Männer im Wirtschaftsleben gerissen haben, und wachlich ihre Arbeit wird nicht geringer, auch wenn wir auf die Phrasen verzichten und sagen, daß die Frauen schwere Männerarbeit übernommen haben, weil sie arbeiten mußten, um leben zu können. Die Opfer an Kraft und Gesundheit, die von den Frauen in dieser Zeit gebracht werden, sind ungeheuer. Sie legen den Staaten die Verpflichtung auf, diese Arbeitsleistung durch eine erhebliche Verbesserung der Rechtsstellung seiner weiblichen Staatsbürger anzuerkennen.

Ein neutrales Land marschiert in diesem Jahr an der Spitze der fortschrittlichen Staaten. Dänemark gab seinen Frauen die volle politische Gleichberechtigung und untertrieb dadurch noch einmal seinen intensiven Friedenswillen. Die Verfassungskämpfe wurden zum Abschluß gebracht, am 5. Juni bekräftigte der König durch seine Unterschrift das neue Grundgesetz, das die politischen Rechte der Männer erheblich erweitert, die Macht der Ersten Kammer vergrößert und Frauen und Männern die gleichen politischen Rechte gewährt. Ebenso erhielten in Island die Frauen das politische Wahlrecht.

Kein anderes Land ging so weit. Wohl brachte die polnische Regierung einen Gesetzesentwurf ein, der in wagen Worten eine gewisse Beteiligung der Frauen an den politischen Wahlen vorsieht, aber die Vorlage wird noch heftige Kämpfe zu bestehen haben, und die Frauen werden auf der Hut sein müssen, daß nicht eines Tages ein starker Wind alle ihre Hoffnungen vernichtet.

Mit Holland und Dänemark sind die Staaten erschöpft, die bereit sind, den Frauen politische Rechte zuzugestehen. In vier amerikanischen Staaten, in denen die Wähler über das Frauenwahlrecht zu entscheiden hatten, in New-York, New-Jersey, Pennsylvania und Massachusetts, vollzogene die Mehrzahl gegen die Frauen, und wenn auch beträchtliche Minoritäten für sie eintraten, so müssen sie doch die Niederlage akzeptieren und ihre Arbeit von neuem beginnen. Ein Antrag Wendell auf Einführung der politischen Gleichberechtigung der Frauen in der ganzen Republik war vom Repräsentantenhaus schon früher mit 204 gegen 174 Stimmen abgelehnt worden.

Auf anderen Gebieten haben die Frauen unbestreitbar Erfolge errungen. Sie rückten in Stellungen auf, die ihnen bis dahin verschlossen blieben, und sie wurden zur Lösung der verschiedensten Aufgaben mit herangezogen. Der australische Staat Victoria gab den Frauen die Wahlbarkeit zu kommunalen Ämtern, in Natal erhielten sie die Wahlbarkeit zu den lokalen Körperschaften, und bei der ersten Wahl, die im März in Elsbome stattfand, wurden auch verschiedene Frauen gewählt. — Schweden berief eine Frau in die Kommission für die Reform des schwedischen Familienrechts. — In Milwaukee wurde Genossin Berger zur Vorsitzenden des Schulrats gewählt. In England wählte die Regierung eine frühere Fabrikinspektoren in den amtlichen Hauptfürsorgeausschuss; in dem Londoner Zentralausschuss für Frauenbeschäftigung sitzen verschiedene Frauen, darunter fünf Vertreterinnen der organisierten Arbeiterinnen. Eine ganze Anzahl Frauen wurde in England mit dem Amt des Friedensrichters betraut, und sowohl England wie Holland verwenden neuerdings Frauen bei der Ordnungspolitik mit gutem Erfolg. — Genossin Melinda Scott in New-York wurde als erste Frau zum Mitglied des Industrierates für den Staat New-York ernannt. In Idaho wählte eine Frau als Staatsinspektoren für das Bildungswesen. Die Vereinigten Staaten besitzen drei weibliche Senatoren in den Staaten Oregon (Miss Kathryn Clark), Colorado (Mrs. Helen Ring-Robinson), Arizona (Mrs. Frances Willard Funds). — Südafrika ernannte im Juli zum erstenmal Frauen zu Richtern, darunter Frau Price, die Witwe des ersten Arbeiterpremierministers in Südafrika.

Dieses Aufrücken in Stellungen und Ämtern, die bisher dem Mann vorbehalten waren, ist insofern von Bedeutung, als es hilft, Vorurteile gegen die Frauen zu zerstreuen. Sind die Frauen fähig, solche Arbeiten zur Zufriedenheit auszuführen, so wird damit den Gegnern der Gleich-

berechtigung ein Argument nach dem andern genommen. Die proletarische Frau bleibt freilich dank ihrer geringeren Schulbildung und ihrer Zugehörigkeit zu den unbemittelten Schichten von diesen Ämtern ausgeschlossen. Für sie ist einstweilen die Gesetzgebung, die sich mit der wirtschaftlichen Lage der Frauen und Kinder befaßt, von größerer Bedeutung. Wir können hier natürlich nur die wichtigsten, im vergangenen Jahre gefaßten Beschlüsse in dieser Richtung aufzählen. Dazu gehört vor allem die absolute Gleichstellung des außerehelichen Kindes mit dem ehelichen durch die norwegische Gesetzgebung. Das Kind trägt den Namen seines Vaters, der zu seinem Unterhalt in ausgedehntem Maße verpflichtet ist, und es beerbt auch seinen Vater eben- wie die ehelichen Kinder. — Der französische Senat nahm das Mindestlohngesetz für Heimarbeiterinnen an, in dem bestimmt wird, daß die Arbeitslöhne so sein müssen, daß sie einer Arbeiterin von mittlerer Geschicklichkeit ermöglichen, in 10 Stunden einen Lohn zu verdienen, der einem festgesetzten Minimum gleich ist. Diese Mindestlöhne werden von paritätisch zusammengesetzten Kommissionen aufgestellt. — In Kalifornien ist der Achtstundentag für Frauen endlich gesetzlich anerkannt. Die Gegner hatten den Parlamentsbeschluss, der den Achtstundentag einführt, als gegen die Verfassung verstößend bekämpft, im Februar ist jedoch das Gesetz als verfassungsmäßig anerkannt worden.

In den kriegführenden Staaten sind nun weniger Gesetze, aber eine große Anzahl von Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen worden, die mittelbar oder unmittelbar tief in das Leben der Frauen und Kinder eingreifen. Hierhin gehören alle die Bestimmungen über Lebensmittelversorgung, Beschaffung von Kriegsheimarbeit, Auszahlung und Erhöhung von Kriegsunterstützungen, Gewährung von Wochenpforten und Stillschickern, Fürsorge für die Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten und dergleichen. Es würde unmöglich sein, hier alle oder auch nur die wichtigsten Verordnungen anzuführen. Ein sehr kleiner Teil der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Beginn des Krieges gestellten und mehrfach wiederholten Forderungen ist nach langem Zögern in die Tat umgesetzt worden, die meisten jedoch sind unerfüllt geblieben, und besonders schwer leiden unter der mangelhaften Versorgung natürlich diejenigen Frauen, die infolge des Verschlagens einiger Industriezweige ganz ohne Verdienst sind und als einziges geringe Arbeitslosenunterstützungen beziehen.

In der politischen Arbeit, wo wir in Friedenszeiten die Frauen überall an der Seite der Männer sehen, ist es heute ziemlich still geblieben. Die mit dem Krieg zusammenhängenden Begleitererscheinungen machen es Männern und Frauen unmöglich, so zu wirken, wie sie es wohl möchten. Immerhin ist im vergangenen Jahre überall in den neutralen Ländern so gut wie in den kriegführenden für die internationale Verständigung und für einen dauernden Frieden, so intensiv es ging, gearbeitet worden. Alle Arbeiterinnentagungen und Zusammenkünfte sozialistischer Frauen haben ihren Friedenswillen in Entschuldigungen bekundet, und die Frauen haben — das muß rühmend anerkannt werden — keinen Augenblick lang die Beziehungen zu den Parteigenossen in den andern Ländern unterbrechen lassen. Sie haben Gebrauch gemacht vom dem Recht der Frau, über die trennenden Grenzen hinweg den Frauen der feindlichen Länder die Hände zu reichen, sie haben aus dem gemeinsamen Leid den Mut geschöpft, für eine bessere Zukunft zu arbeiten.

In dieser Arbeit fanden die sozialdemokratischen Frauen eine Unterstützung bei einem kleinen Teil der bürgerlichen Frauen, die im April im Haag zu einem Kongress zusammentraten, dort Deputationen wählten und diesen den Auftrag gaben, so stark wie möglich bei den Regierungen der verschiedenen Länder für den Frieden zu arbeiten. Die Deputationen sind auch überall freundlich empfangen worden, einen großen Einfluß konnten sie aber naturgemäß nicht ausüben. In verschiedenen Ländern wurde Parteigenossinnen, die ihre Kraft für die Friedenspropaganda eingesetzt hatten, ihre Weiterarbeit durch die Verhaftung unmöglich gemacht. Dies Schicksal traf in Frankreich Luise Saumoneau, in Deutschland unsere Genossin Jettin, die aber inzwischen wieder aus der Internierungshaft entlassen wurde. Der Dank und die Sympatiebeweise der Genossinnen aller Länder wird diesen beiden Frauen geflossen haben, ihre Würde leichter zu tragen.

Das Jahr 1915 hat uns die Aussicht auf einen baldigen Frieden nicht gebracht. Wir sind heute, wie im Beginn des vergangenen Jahres, vollkommen im Unklaren über das Ende des Krieges. Aber wir alle und besonders die Frauen haben den festen Willen mit in das neue Jahr genommen, daran mitzuwirken, daß nie wieder ein ähnliches Unglück über die Welt hereinbricht. Ohne die Mitarbeit der Frauen ist der dauernde Friede, die Verständigung zwischen den Völkern nicht zu erreichen. Und schon um den Friedenswillen der Frauen zu voller Entfaltung zu bringen, müssen wir danach streben, ihnen die politische Gleichberechtigung und damit politische Macht zu sichern.

Die Schäden der zu frühen Einschulung.

Von Dr. M. S. Waega.

Das hauptsächlichste Organ des Kindes für die Schulfähigkeit ist das Gehirn. Bekanntlich eilt das Gehirn im Wachstum voraus und erreicht durchschnittlich mit Ablauf des siebenten Lebensjahres wenigstens dem Umfang nach seine volle bleibende Ausbildung. Vorher ist die Gehirnmasse nicht nur kleiner, sondern auch merklich weicher und weniger ausgebildet. Mit Ablauf des siebenten Lebensjahres zeigt die geistige Entwicklung einen entscheidenden Wendepunkt. Das Kind beginnt die bisher eingesammelten Begriffe gründlicher zu zerlegen und zu verarbeiten; seine bisher flüchtigen und oberflächlichen Fragen nehmen eine tiefergehende Richtung, es verrät Neigung zu ernstlichen und andauernden Beschäftigungen und der Lerntrieb setzt sich kräftig durch, wenn er nicht durch vorheriges Aufzwingen von Lernstoff geschwächt oder gar erstickt wurde. Früher erwachender Lerntrieb sollte im allgemeinen zurückgehalten und nur spielweise befriedigt werden.

Jetzt also, erst zu Anfang des achten Lebensjahres — und bei sehr schwächlichen, dauernd fränkenden oder in der Entwicklung zurückgebliebenen Kindern noch etwas später — ist der rechte Zeitpunkt für den Beginn des Unterrichtes gekommen. Jetzt erst kann man in jeder Beziehung geblühliche Früchte davon erwarten.

Für die Altersklassen, die das siebente Lebensjahr vollendet haben und darüber ist der Schulzwang gerechtfertigt. Den Eintritt in die Schule vor dieser Zeit sollte das Schulgesetz als das strengste verboten, anstatt ihn mit Ablauf des sechsten oder wie manche Staaten gar schon mit dem beendeten fünften Jahre zu verlangen. Die vorzeitige Einschulung der Kinder ist geradezu eine Verfündigung an unserer Nachkommenschaft. Je früher die Schulpflicht beginnt, um so mehr leidet die körperliche und geistige Entwicklung. Kinder, die vorzeitigem Schulzwang unterworfen wurden, bleiben nur zu oft körperlich schwächlich und geistig verkrüppelt, zu jeder körperlichen und geistigen Erkränkung vorzugsweise disponiert. Die Lernkraft wird getrübt, die Charakterausbildung und die produktive Geistestätigkeit (Urteilskraft und angewandte Denkfähigkeit), worauf die Lebensfähigkeit beruht, leiden not. Vorzeitige Einschulung ist einer der direktesten Wege, die Jugend so zu enterven, daß sogar andere geblühliche Einflüsse für die Entwicklung nicht die hervorgehobenen Nachteile auszugleichen vermögen. Und wie steht es erst für die vielen Kinder aus, denen derartige geblühliche Einflüsse fehlen.

Die vorzeitige unverhältnismäßige Anspannung des Gehirns, mag sie auch scheinbar leicht sein, erfolgt stets auf Kosten der Kraftentwicklung dieses Organs. Nach der Fassungskraft leidet am meisten die Willens- und Tatkraft. Die Folge ist entweder baldiger Stillstand der geistigen Kraftentwicklung, baldige Abstumpfung oder eine dauernde Ueberreizung des Gehirns, die schließlich auch mit vorzeitiger Abstumpfung und Erschöpfung oder auch mit geistiger Kränklichkeit endet.

Die Ueberreizung des Gehirns, hat aber noch eine besondere schlimme Folge. Nach dem Verlauf der Gehirnentwicklung richtet sich der Verlauf des allgemeinen Wachstums. Je schneller die erste der zweiten großen Wachstumsperioden, die Gehirnentwicklung, abläuft, desto früher tritt die zweite, die Geschlechtsentwicklung, und die damit damit verbundene Wachstumsperiode ein. Das vorzeitige Erwachen des Geschlechtstriebes und alles Erwachsene, das daraus entspringt, ist daher die notwendige Folge einer überreifen Gehirnentwicklung. Krankhafte Nervosität und überflüssige Phantasie sind die tauben Blüten des geistigen Lebens, welche alle Nahrung an sich reißen. Der häßliche Organismus wird nun auf doppelte Weise entervet.

Der Gewinn der späteren Einschulung ist ein körperlicher und geistiger zugleich. Der körperliche Gewinn steht ganz unbestritten fest, ebenso aber auch der geistige. Was den letzteren anbetrifft, so befragte man nur erfahrene und unbefangene Schulmänner über den gewaltigen Unterschied der Kraft zum Fortschreiten, welcher sich zwischen rechtzeitig und zu früh eingetretene Schülern zeigt. Bei zu frühzeitig zur Schule getriebenen Kindern geht die geistige Entwicklung entweder gleich von Anfang an einen traurigen Schnelgang, oder wenn sie anfangs auch kräftig schien, weil sie durch den flüchtigen Reiz der Neugier oder durch den Ehrgeiz und dergleichen aufgeregelt wurde, so bleibt sie doch nach einiger Zeit mit einem Male hartnäckig stehen. Die vorzeitig, also naturwidrig angepannte Kraft, ist erschöpft und kann nicht den Höhepunkt der Entwicklung erreichen, die ihr ursprünglich möglich gewesen wäre. Rechtzeitig zur Schule gekommene Kinder, die leider jetzt noch recht selten sind, erfreuen durch ihr stufenweises kräftiges ja oft überraschendes Fortschreiten.

Was ein Kind vor dem Ablauf des siebenten Lebensjahres als Vorbereitung auf den Unterricht spielend und nach eigener Neigung (nicht in gezwungenen, ununterbrochen ganzflüchtigen Selbstabteilungen) lernen kann, mag

Und doch in dieser Widerstand durchaus logisch und unter dem Gesichtspunkt demokratischer Entwicklung der Völker begriffenwert. Ihn leitet der Gedanke: "Wehre den Anfängen!" Seine Verfechter fürchten, daß, wenn das hübsche Ende des Reils "Staatszwang und Heeresdienst" erst einmal eingetrieben ist, die Logik der Dinge es bis zum Eintreiben des dicken Endes weiterführen wird, und dem wollen sie vorbeugen. Soweit sie nicht auch Gegner des jetzigen Krieges sind, wie so viele unserer Freunde von der Independent Labour Party, wollen sie jedenfalls verhindern, daß dieser Krieg ein Anfang werde, England auf die Bahn der Militärrstaaten zu drängen. Sie betrachten die Anzutraglichkeiten des heutigen Grunds zur "freiwilligen" Einreihung für das kleinere Uebel, solange dem gegenwärtigen Zustand in jeder Hinsicht der Charakter eines Ausnahmestandes gewahrt bleibt, und würden daher wahrscheinlich lieber diesen Druck noch erhöhen, ehe sie zugäben, daß für den Staatszwang zum Heeresdienst ein Präjudizialfall geschaffen wird.

Es ist das ein Gedankengang, der, wie eingangs bemerkt, den Angehörigen der Feindstaaten fremdartig berührt, und namentlich uns guten staatsfrommen Deutschen liegt er weltersen. Aber das kann kein Grund sein, über ihn obenhin abzurteilen. Tiefere Eindringen in ihn wird vielmehr zeigen, daß ihm eine Auffassung vom Wesen und den Lebensbedingungen eines freien Volkes zugrunde liegt, für die uns der Sinn deshalb abhanden gekommen ist, weil wir uns daran gewöhnt haben, die Demokratie fast nur noch bürokratisch zu begreifen, dem Staat aber eine fast mythische Erhabenheit über die Parteien beizulegen, welche ihn durch ihre soziale Macht in Händen haben und seiner Politik ihren Stempel aufdrücken.

Gewerkschaftliches.

Verhandlungen zur Erneuerung des Reichs-tarifvertrages im Malergewerbe.

Auf Anregung des Staatssekretärs Dr. Delbrück finden im Reichsamt des Innern Verhandlungen über die Erneuerung des am 15. Februar ablaufenden Reichstari-vertrages im Malergewerbe statt.

Der letzte Tarifabschluß erfolgte im Jahre 1913 nach einer eintägigen Ausschließung der Gehilfen in ganz Deutsch-land. Der Unternehmerverband verfügte diese Ausschließung, weil ihm die von dem bekannten Kollegium der drei Un-parteilichen v. Schulz, Prenner, Rath gefällten Schieds-prüche zu weit gingen. Und dabei waren, noch dazu auf drei Tarifjahre verteilt, durchschnittlich nur etwas mehr wie 4 Pfg. Lohnerhöhung und für 30 Lohngebiete von 320 Ar-beitszeiterklärungen von meist täglich 1/2 Stunde aus-gesprochen worden.

Die Ausschließung hatte für die Unternehmer keinen Erfolg. Diese erkannten am 22. Mai 1913 die erst abge-lebten Schiedsprüche an und mußten in einer Reihe Städte noch darüber hinaus bestimmte Zugeständnisse machen. Der Bau Rheinland-Westfalens des Unternehmer-verbandes allerdings fügte sich den Beschlüssen seiner Or-ganisation nicht, er vollzog den vom Unternehmerverband angenommenen Tarifvertrag nicht, weshalb später sein Ausschluß erfolgte.

Die Maler hatten schon vor dem Kriege unter recht ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Ihre Lohnerhältnisse sind ganz unzulänglich, sie sind weit schlechter als in vielen gleichartigen Berufen. Besonders bei Saisoncharakter des Gewerbes, die umständlichen Arbeits-verhältnisse und der starke Zufluß ungelerner, lohnkräftiger wählender Arbeitskräfte erschwerten geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges haben aber die Lage der Arbeiter im Malergewerbe noch schlechter ge-staltet. Es kommen nach einer in den letzten Monaten aufgenommenen Statistik für sie noch Stundenlöhne unter 40 Pfg. (für 3,1 Prozent der Beschäftigten) vor. Mehr als die Hälfte (54,3 Prozent) arbeiteten noch für weniger als 60 Pfg. Und das bei großer Arbeitslosigkeit und häufigem Betriebswechsel.

Trotzdem wurde davon abgesehen, noch während der Tarifdauer eine Steuererhöhung allgemein zu fordern. Der Verband der Maler sah voraus, daß von den Unter-nehmern ein solches Entgegenkommen entschieden abgelehnt worden wäre, er berücksichtigte, daß auch von den Unter-nehmern mancher unter den gegebenen Verhältnissen leidet. Doch im Laufe der Zeit mußten die Arbeiter eine Verlich-tigung ihrer Lage fordern. Wenn jetzt viel mehr als sonst für die sehr verteuerten Materialien ausgegeben werden muß, warum soll da nicht auch für die nötigen Arbeits-kräfte mehr als bisher, mindestens aber soviel ausgegeben werden können, daß diese instande sind, sich und ihre Fa-milien menschenwürdig zu ernähren. Es stehen jetzt zehn-tausende Malergehilfen (Mitglieder des Malerverbandes allein mehr als 23 000) unter den Waffen, andere haben sich teils besser, teils schlechter entlohnende Beschäftigung in Kriegsin-dustrien als Heimarbeiter gesucht, sie fanden in-stellung bei der Post, der Straßenbahn. Die aber im Be-rufe noch Beschäftigten und die vom Militär Zurück-gekehrten müssen schon jetzt so entlohnt werden, daß zwischen Lohn und Steuerer wenigstens annähernd ein Ausgleich geschaffen wird.

In der Zeit des zweiten Reichstari-vertrages, seit der Ausschließung, sind, nachdem die örtlichen Verhandlungen er-schlagen waren, größere Differenzen zwischen Tarifparteien nicht mehr vorgekommen. In einigen Fällen versuchten die Zentralleistungen der beiderseitigen Organisationen ver-

mittelnd zu wirken. In der Hauptsache entstanden dadurch gewisse Schwierigkeiten, weil sich die Unternehmer in den meisten Orten weigerten, die erfolgte Lohnerhöhung auch den schon über den Minimallohn bezahlten älteren und qualifizierten Gehilfen zuzugestehen. Dadurch sind nicht alle Arbeiter in den Genuß der seinerzeit ausgesprochenen Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gekommen, zumal der Krieg verhinderte, daß das erst verweigerte später doch noch erreicht werden konnte.

Die Verhandlungen beim Ablauf des jetzigen Reichs-tarifvertrages müssen leider unter recht anormalen Ver-hältnissen inmitten dieser Kriegszeit stattfinden. Darum werden die das Malergewerbe und seine Angehörigen be-herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse be-sonders gründlich und sachlich erörtert und genügend ge-würdigt werden müssen. Die beiderseitigen Organisationen sind sich natürlich darüber einig, daß unter den gegen-wärtigen Verhältnissen eine friedliche Verständigung erzielt werden muß. Notwendig ist dazu allerdings, daß den be-rechtigten Ansprüchen der Arb-:er soweit entgegengekommen wird, wie es deren schwerer Lage trotz aller Anerkennung der Situation, in der sich noch ein Teil der Unternehmer befindet, erfordert.

Aus unserem Beruf.

Die Holzschuhzeit. Aus Ohrdruf i. Sp. wird be-richtet: Mehrere Wagen, hochbeladen mit Holzschuhen, wurden kürzlich von der Eisenbahn ins Gefangenenlager gebracht. Die Schuhe waren recht hübsch gearbeitet. Die enormen Lederpreise zwingen zu allen möglichen Anshilfs-mitteln. Sedenfalls haben dieselben wenigstens den einen Vorteil, daß sie nicht "von Papp" sind — die Schuhe nämlich, die Preise sind natürlich auch nicht von Papp! Schuhfabrik in Berlin. Die Reichshauptstadt hat die Versorgung bedürftiger Kriegerfamilien mit Schuhen einer privaten Wolsfabrik einrichtung übertragen, der sie dafür bestimmte Zuschüsse leistet. Im verfloffenen Jahre betragen sie rund 600 000 Mk. In den letzten Monaten wurden durchschnittlich je 300 Paar neue Schuhe täglich geliefert.

Die Aufgaben der Zunung. Die Mannheimer Schuh-macherrung hofft für das Jahr 1916 auf eine Einnahme von 1200 Mk., wovon bestritten werden sollen die üblichen Verwaltungskosten, der gemeinschaftliche Bezug der "Süd-deutschen Schuh- und Leder-Zeitung", Verbandsbeitrag, Kriegerfürsorge, eine Reihe von Anzeigen in Tagesblättern, um die Kundschaft betreffend die Preise für Schuhmacher-arbeiten auf dem Laufenen zu halten.

3 Millionen Mark Kriegsgewinnsteuer-Reserve hat die Adler & Oppenheimer Lederfabrik N.G. in Straßburg aus ihrem Reingewinn von 8 1/2 Millionen Mark bei 12 Millionen Mark Aktienkapital zurückgelegt, so daß immer noch 5 1/2 Millionen Mark Gewinn verbleiben und die Aktionäre mit 20 Prozent Dividenden sich in dieser Zeit der Not ihres Lebens freuen können.

Eine Lieferungs-genossenschaft für die Übernahme der Herstellung von Militärshuhen ist von den Schuhmacher-meistern in Danzig gegründet worden.

Ein ungetreuer Raffierer der Leipziger Rohstoff-genossenschaft war der 46jährige Schuhmacher Otto Wohl-gemut, der 31 000 Mk. bei der dortigen Mitteldeutschen Bank hinterlegen sollte, damit aber durchbrannte. Er wurde in München verhaftet, hatte aber nur noch 4000 Mk. von der veruntreuten Summe.

Abgebrannt ist zum Teil die Holzschuhfabrik von Zimmermann & Künzel in Ronneburg S.-A., die ca. 100 Ar-beiter beschäftigte. Der Betrieb wird in anderen Fabrik-räumen weitergeführt. — In Leipzig-Stötteritz ist in der Ago-Abteilung der Abteilung der Atlas-Werke (Schuh-maschinenfabrik) durch Feuer einiger Schaden angerichtet worden.

Aus der "guten alten Zeit". Nach dem historischen Kalender der "N. W. Schuhmacher-Zeitung" wurde am 7. Dezember 1429 zwischen dem Bremer Ordenskomtur und dem "Schusteramt" ein Vergleich wegen der Ver-pflegung der armen "Scharwerker" abgeschlossen. Die An-gelegenheit hatte zu einem Streit geführt, der wohl durch diesen Vergleich beigelegt worden ist. — Der historische Kalender erwähnt auch die am 12. Dezember 1895 erfolgte Patentierung einer Ventilations-einrichtung für Schuhe, die der Herr Karl Ferdinand Jettel in Wien erfunden hatte. Was wohl aus dieser "privilegierten Erfindung" in den verfloffenen 20 Jahren geworden ist?

Schuhfürsorge in Wien. In der österreichischen Reichshauptstadt sind drei Schuhzentralen mit Unterstützung weiter Volkstreife errichtet worden und es ist beabsichtigt, solche in allen städtischen Bezirken zu errichten. Es werden da Schuhe unentgeltlich abgegeben und ebenso unentgeltlich Reparaturen ausgeführt.

Eine Altienenschuhmacherei in Genf. Das Schuh-macherhandwerk als Altienengesellschaft betrieben ist wohl die neueste Erfindung. In Genf wurde jüngst für die Übernahme und den Fortbetrieb des Schuhmacher-Maß-geschäftes und der damit verbundenen Schuhhandlung von Scheurer eine Altienengesellschaft gegründet.

Die Kriegskonjunktur der englischen Schuhindustrie. Es wird berichtet, daß in Leeds kontinentale Regierungen vorigen Monat verfuht haben, 1 000 000 Paar Militär-stiefel unterzubringen, aber nur sehr wenig konnte an-genommen werden, da alle Fabrikanten durch Kontrakte, die frühestens am 1. April 1916 ablaufen, mit Lieferung ge-bunden sind. Alle Lagerwaren bei Fabrikanten und Großhänd-ler in Großbritannien wurden aufgelaufen.

Dauernd wertvolles Lesegut in der deutschen Arbeiter-schaft verbreiten, dies ist das Ziel unserer Wochenschrift "In freien Stunden". Oft haben wir darauf hingewiesen. Aber weil sich um Förderliches handelt, kann es nicht oft genug gesehen. Denn die Romaneffekte dieser Wochenschrift sind nicht erlitten wenn man sie gelesen hat: sie wachsen vielmehr zu geballten Büchern zusammen, die eine Zierde des Hauslesekabines sind, den jede geistig reg-same Arbeiterfamilie sich im Laufe der Zeit schafft. Mit Freude schaut man auf den letzten Band "In freien Stunden", der jetzt in schönem Gewande abgeschlossen vor uns liegt. Jolas großer sozialer Roman "Das Geld", den Max Fabian mit handlungsstarken Bildern ausgestattet hat, gibt dem Bande den Hauptton, und der allein reicht aus, um auch für diesen Band das Urteil sicher zu stellen, daß er dauernd wertvoll ist. Der Ruf zum Kampf gegen die Schundliteratur ist wieder aufgefaßt, und die Ar-beiterschaft hat die Pflicht, diesem Kampfe das Rückgrat zu geben. Hier aber, in den Zeitspennig-Heften der Wochenschrift "In freien Stunden", ist uns eine durch-schlagende Waffe gegeben. Der fertige Band wird öffent-lich das Vertrauen zu diesem guten Unternehmen, das jetzt den zwanzigsten Jahrgang begonnen hat, weiter steigern. Jeder Leser unseres Blattes sollte daher bei dem Zeitungsträger die Zeitschrift bestellen.

Unter dem Titel Ueberzeugung und Partei gibt Ge-nosse K a r l K a u s z y die Sammlung einer Anzahl Artikel heraus, die vor einigen Wochen in der "Neuen Zeit", der wissenschaftlichen Wochenschrift der sozialdemokratischen Partei, erschienen waren. Sie beschäftigten sich mit der Frage, die zurzeit die Partei am meisten beschäftigt ist: ob die Minderheit der Reichstagsfraktion berechtigt war, sich bei der Abstimmung über die Kriegskredite am 21. Dezember von der Mehrheit zu trennen und eine besondere Erklärung abzugeben. Kaustsky hatte das selbständige Auftreten der Minderheit im Reichstag für unvermeidlich gehalten und diese Auffassung in zwei Artikeln begründet. Ihr waren Hans Wardwold und Otto Braun entgegengetreten, ohne daß sich Kaustsky für widerlegt erachtet hätte, und auch im Vorwort zu dieser Schrift sagt er, daß seit dem Erscheinen der Artikel nichts vorgekommen sei, was ihn in seiner Ueberzeugung hätte erschüttern können, wohl aber manches, was sie befestigt und bekräftigt habe.

Die Schrift ist im Verlage der Leipziger Buchdruckerei Altienengesellschaft zum Preise von 30 Pfennigen erschienen. Sie sollte von jedem gelesen werden, der an den gegen-wärtigen Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Partei interessiert ist, auch wenn er den Anschauungen des Verfassers nicht zustimmt.

Ein neues Gewerkschaftsbuch von Adolf Braun. Nicht lange vor dem Kriegsausbruch fand freundliche Aufnahme in der Gewerkschaftswelt das Buch von Adolf Braun: Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Es war eine Sammlung von Aufsätzen, geschrieben aus Anlaß aktueller Probleme der Gewerkschaftspolitik. Seit-dem dieses Buch erschienen ist, hat sein Verfasser zahl-reiche andere Fragen des Gewerkschaftslebens und des gewerkschaftlichen Interessentums behandelt. Der Krieg hat uns vor zahlreiche gewerkschaftliche Probleme gestellt, die seit nach dem Kriege wird die Gewerkschaften in einer ganz veränderten wirtschaftlichen Umwelt sehen. In dieser brennenden Fragen der Gewerkschaften von heute und von morgen hat Adolf Braun in einer Reihe von viel be-achteten, aber auch vielumstrittenen Artikeln Stellung ge-nommen. Die wichtigsten sind in einem eben im Verlage der Leipziger Buchdruckerei Altienengesellschaft erschienenen Bande unter dem Titel: "Gewerkschaften, Bet-rachtungen und Ueberlegungen während des Weltkrieges, von Adolf Braun", ge-sammelt. Die Aufzählung der Titel der in dem Buche vereinigen Aufsätze wird zeigen, daß es sich um ein wich-tiges und lesenswertes Werk handelt. Wir führen die Kapitelüberschriften an: Der Krieg und die Gewerkschaften; Die Gewerkschaften vor, während und nach dem Kriege; Kriegsspsychologie und Gewerkschaften; Realismus und Utopismus in den Gewerkschaften; Gewerkschaftliche Arbeit im Frieden; Die Erneuerung der Tarifverträge; Arbeiter- und Kriegsinvalidenfragen; Kriegsinvaliden und Haus-industrie; Keine Rentenpsychologie; Die internationalen Be-ziehungen der Gewerkschaften; Gewerkschaftliche Solidarität; Die Einheit der Partei und die Gewerkschaften; Politische Wurzeln des Syndikalismus, und endlich Bildungsprobleme in der Arbeiterbewegung. Um die Aufsätze schließen sich vier Register, die die Benutzung des Buches in großem Maße fruchtbar machen können.

Zur Beachtung!

- Wer an das "Schuhm.-Fachblatt" etwas zu berichten hat, muß unter allen Umständen folgendes beachten:
1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben;
 2. keine Blei- und auch keine Feintinte verwenden;
 3. nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Veränd-erungen z. vorgekommen werden können;
 4. durch Korrekturen, Abänderungen oder Zusammen-streichungen nicht das Manuskript unlesbar machen.
 5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben.

Redaktionschluß: Dienstag früh 10 Uhr. Berichte müssen spätestens Montag früh, kurze Notizen und Depeschen die Dienst-tag früh in unseren Händen sein.

Die Redaktion.

